

Berlin, 3. Mai 2022

## PRESSEMITTEILUNG

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Vereinigung der Juristinnen,  
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen  
Geschäftsstelle / Office:  
Anklamer Straße 38 • D-10115 Berlin  
fon: +49 30 4432700 • fax: +49 30 44327022  
geschaeftsstelle@djB.de • <https://www.djB.de>

[djB stellt bundesweite Untersuchung zu Diskriminierung in mündlichen Prüfungen in juristischen Staatsexamina vor](#)

Das Jurastudium endet mit einer mündlichen Prüfung, die nicht gerecht ist. Grund dafür ist die Gefahr von (oft unbewusster) Diskriminierung. Bereits im Jahr 2017 zeigte eine [empirische Untersuchung aus NRW](#), dass Frauen und Menschen mit zugeschriebenem Migrationshintergrund in der mündlichen Prüfung signifikant schlechter abschnitten als Männer, denen kein Migrationshintergrund zugeschrieben wurde mit vergleichbaren Vornoten. Im Anschluss hieran hat der [Arbeitsstab Ausbildung und Beruf](#) des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djB) die Justizprüfungsämter der Länder zu den Diskriminierungsgefahren in den mündlichen Staatsexamina befragt und die Ausbildungsgesetze und -verordnungen der Länder systematisch untersucht. „Schon jetzt gibt es Steuerungsmöglichkeiten, um die Prüfungspraxis diskriminierungsfrei zu gestalten. Es ist an der Zeit, diese auch umzusetzen“, so die Präsidentin des djB Professorin Dr. Maria Wersig.

Die Forderungen des djB-Arbeitsstabs Ausbildung und Beruf lauten:

- Prüfungskommissionen müssen geschlechtergerecht besetzt werden. Damit dies gelingt, müssen die Hürden für Frauen, sich als Prüferinnen zu betätigen, abgebaut und Frauen gezielt angeworben werden. Dabei sind Lösungen zu finden, um eine überproportionale Belastung der wenigen Juraprofessorinnen zu vermeiden.
- Die Bewertungskriterien, anhand derer die Benotung erfolgt, sind klar und verbindlich vorzugeben.
- Das Vorgespräch und die Vornotenkenntnis sind abzuschaffen.
- Neben dem Widerspruchs- und Klageverfahren muss den Betroffenen die Möglichkeit gegeben werden, sich an eine zusätzliche Beschwerde- und Kontrollstelle zu wenden.
- Essenziell ist schließlich die Schulung der Prüfenden in Diskriminierungssensibilität.

Nachzulesen sind die Ergebnisse der Untersuchung und die Forderungen im Detail in der Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft ([ZDRW 2022, S. 23-40](#)). Im Rahmen einer Online-Podiumsdiskussion am 5. Mai 2022 um 18:00 Uhr wird der Arbeitsstab die Ergebnisse vorstellen und mit Praktikerinnen, u.a. aus den Prüfungsämtern und Ministerien, diskutieren. [Hier](#) können Sie sich anmelden.